

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt, Matthias Fischbach und Fraktion (FDP)**

vom 10.02.2022 11:28:46

Staatsregierung darf Rechtsstaat nicht länger mit Füßen treten!

Drs. 000

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, geltende Gesetze zu vollziehen.

Begründung

Art. 1 Abs. 3 GG bindet die vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht. Für die Ausführung der Bundesgesetze normiert Art. 83 GG, dass dies im Regelfall durch die Länder als eigene Angelegenheit erfolgt. Dies gilt auch für die in § 20a IfSG normierte einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Die Ankündigung des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. iur. Markus Söder, diese Vorschrift in Bayern zunächst nicht vollziehen zu wollen, ist mit den allgemeinen anerkannten Rechtsstaatsprinzipien nicht zu vereinbaren und verfassungswidrig.

Aus diesem Grund ist ein Bekenntnis des Landtags zu den rechtsstaatlichen Grundprinzipien in Form einer solchen Aufforderung an die Staatsregierung dringend geboten.